



Foto: pixabay.com

WO IST DIE ABSCHALTAUTOMATIK?

Um die Luft rein zu halten, müssen wir an die großen Dreckschleudern ran: Autos, Megaställe und Kohlekraftwerke.

Verträge und Gesetze sind einzuhalten, sonst drohen Sanktionen. Dass dies auch für Staaten gilt, muss die Bundesrepublik Deutschland gerade erfahren, gegen die die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Luftverschmutzung anstrengt. In so gut wie keinem Ballungsgebiet Deutschlands werden die gesetzlichen Grenzwerte für Stickoxide (NO_x) eingehalten, und das schon seit Jahren. 2016 maßen 89 Städte, darunter Berlin und Potsdam, NO_x-Grenzwertüberschreitungen. Nun droht eine Geldstrafe im dreistelligen Millionenbereich. Die Bundeskasse wird das verschmerzen können, aber was ist mit den Menschen, deren Schutz die Luftschadstoffgrenzwerte dienen sollen?

Auf fast 45.000 beziffert die Europäische Umweltagentur (EEA) die Zahl der Menschen, die allein in Deutschland jährlich durch die NO_x-Belastung der Luft sterben, in der ganzen EU sind es demnach 229.000 Menschen. Deutschland ist nicht das einzige Land, in dem die NO_x-Grenzwerte massiv überschritten werden, im Verhältnis zur Einwohnerzahl sterben in manchen anderen EU-Staaten mehr Menschen an den Folgen von Luftverschmutzung. Aber kein Land hat bessere Voraussetzung als Deutschland, die Belastung mit Luftschadstoffen deutlich zu senken: Es ist schließlich die Heimat der wichtigsten europäischen Autobauer, gleichzeitig stellt der Straßenverkehr mit einem Anteil von knapp 40 Prozent mit Abstand die größte Quelle für NO_x-Emissionen dar. Nun könnte das Kraftfahrtbundesamt endlich dafür sorgen, dass Diesel-Neuwagen nicht mehr verkauft werden dürfen, wenn sie die NO_x-Grenzwerte nicht einhalten. Damit würden viele Dreckschleu-

dern sofort von der Straße verschwinden und die Autoindustrie wäre gezwungen, nur noch Fahrzeuge herzustellen, die die Abgasgrenzwerte auch unter realen Bedingungen auf der Straße einhalten.

Aber die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Autoländer geben sich mit dem Versprechen der bislang tricksenden und betrügenden Hersteller zufrieden, mit einem Software-Update die Grenzwerte einzuhalten. Auf Landesebene läuft es ein bisschen besser. Der Berliner Senat will mit dem Mobilitätsgesetz immerhin die umweltfreundlichen Verkehrsmittel fördern. Das entspricht den langjährigen Forderungen des BUND, verbessert die Berliner Luft allerdings nicht von heute auf morgen grundlegend.

Grenzwerte schützen Gesundheit

Bei schnell wirkenden Maßnahmen gegen die Luftschadstoffe aus dem Straßenverkehr zeigt sich Rot-Rot-Grün aber zögerlich. Zwar sollen nun endlich Tempolimits auf stark abgasbelasteten Hauptverkehrsstraßen kommen, aber erst einmal nur auf drei Straßenzügen (Potsdamer Straße/Leipziger Straße, Kantstraße und abschnittsweise Tempelhofer Damm, insgesamt sieben Kilometer) und nach einem langen Testvorlauf. Gleichzeitig legt der Senat Berufung gegen ein Urteil ein, mit dem der BUND schon im Januar 2016 Tempo 30 auf der Berliner Allee erstritten hatte. Einerseits ist es zwar verständlich, dass der Senat Rechtssicherheit in dieser Frage schaffen will. Andererseits verhindert er damit, dass sich die Luftqualität schnell verbessert. Dabei haben Tempolimits in der Silbersteinstraße

(Neukölln), Schildhornstraße (Steglitz) und Beusselstraße (Moabit) schon erwiesen, dass sich die NO_x-Belastung deutlich, schnell und unbürokratisch reduzieren lässt. Der BUND fordert: Die Grenzwerte müssen eingehalten werden. Das ist keine Formalie, sondern Bedingung, um die menschliche Gesundheit zu schützen. Das NO_x-Problem muss nun ähnlich angegangen wie vor Jahren der Feinstaub: Nur solche Autos, die die Euro-6-Norm tatsächlich einhalten, dürfen in der Umweltzone innerhalb des S-Bahnringes fahren. Das hilft auch den Menschen außerhalb der Umweltzone, weil deshalb viele Autobesitzer ihre Dieselmotoren aus dem Verkehr ziehen. Langfristig aber muss der gesamte Verkehr in der Stadt abgasfrei abgewickelt werden. Das bedeutet nicht nur das Ende des Verbrennungsmotors, sondern auch den Abschied vom klassischen Privatauto, denn es wird nicht gelingen, die heutigen Mobilitätsmuster eins zu eins auf Elektroautos zu übertragen.

Die meisten der für Menschen gefährlichen Luftschadstoffe stammen zwar aus Verbrennungsmotoren, aber eben nicht alle. Ungefähr die Hälfte der Feinstaubbelastung kommt inzwischen aus der Landwirtschaft, genauer gesagt aus der Viehzucht (mehr dazu auf Seite 2). Dazu kommt noch die Energieerzeugung. Vor allem die Braunkohleleimer sind wahre Universaldreckschleudern: Neben dem Treibhausgas CO₂ blasen sie Schwefeldioxid, Feinstaub, Quecksilber und immerhin ein Viertel der gesamten deutschen NO_x-Emissionen in die Luft. (Seite 3, Randspalte). Für den BUND ist das ein weiterer Grund, auf einen schnellen Ausstieg aus der Kohle zu drängen. *sp*

INHALT

Thema Luft

Wenn Landluft krank macht: Abgase vom Bauernhof
Seite 2

„Wenn es keinen Grenzwert gibt, hat keiner das Problem im Blick“:
Interview mit Marion Wichmann-Fiebig
Seite 3

AKTUELL

Tegel retten? Klima retten?
Worum es nach dem Volksentscheid geht
Seite 4

Kliniken und Klima:
BUND auf COP 23
Seite 4

Neuer Ärger mit der A 14
Seite 5

Qualität statt Quantität:
Was die neue Brandenburger Energiestrategie bringen muss
Seite 5

BUNDJUGEND

Junge Klimaktivist*innen auf Bonner Klimakonferenz
Seite 6

NATUR ERLEBEN

Die grüne Insel auf der Roten Insel
Seite 7

ÖKOTIPP

Lüften
Seite 7

KURZ & BUND

Knips den Megastall!
Seite 8

Luft in Zahlen
Seite 8

INFO

AMMONIAK

NH₃: Gasförmige Verbindung von Stickstoff (N) und Wasserstoff (H), entsteht zu 95 Prozent in der Landwirtschaft (siehe Artikel auf dieser Seite), schädigt die Atemwege von Menschen und Tieren, führt zu ungewollter Nährstoffanreicherung (Eutrophierung) und Versauerung von Ökosystemen, fungiert als Feinstaub-Vorläufer.

FEINSTAUB

PM_{2,5} und PM₁₀: PM steht für particulate matter (partikelförmige Stoffe), die Zahlen bezeichnen den maximalen Durchmesser in Mikrometern (µm). Die Partikel entstehen in Verbrennungsmotoren, Kraftwerken, Heizungen, durch Reifenabrieb und rund zur Hälfte in der Landwirtschaft. Gesundheitliche Risiken: Schleimhautreizung, Entzündung der Atemwege, Thrombosen, Herzinfarkt, Schlaganfall.

OZON

O₃: Entsteht aus der Reaktion von Stickoxiden mit flüchtigen Kohlenwasserstoffen unter Einfluss von UV-Strahlung, vermindert die Lungenfunktion und löst Atembeschwerden aus, was sich bei körperlicher Aktivität verstärkt; steht im Verdacht, Krebs auszulösen; schädigt Pflanzenwachstum.

QUECKSILBER

Hg: Schwermetall aus der Zinkgruppe, gelangt über Regen in die Gewässer und von dort in die Nahrungskette. 70 Prozent der anthropogenen Emissionen stammen aus Kohlekraftwerken.

SCHWEFELDIOXID

SO₂: Entsteht durch die Oxidation von Schwefel bei der Verbrennung fossiler Energieträger, reizt Augen und Atemwege, versauert Böden und Gewässer („Saurer Regen“).

STICKSTOFFOXIDE

NO_x: Gesamtheit der gasförmigen Verbindung von Stickstoff (N) und Sauerstoff (O); entsteht als Stickstoffmonoxid (NO) bei Verbrennungsprozessen, oxidiert zu Stickstoffdioxid (NO₂), verursacht oder verstärkt Atemwegserkrankungen und Herz-Kreislauf-Krankheiten, lässt Pflanzen vorzeitig welken.

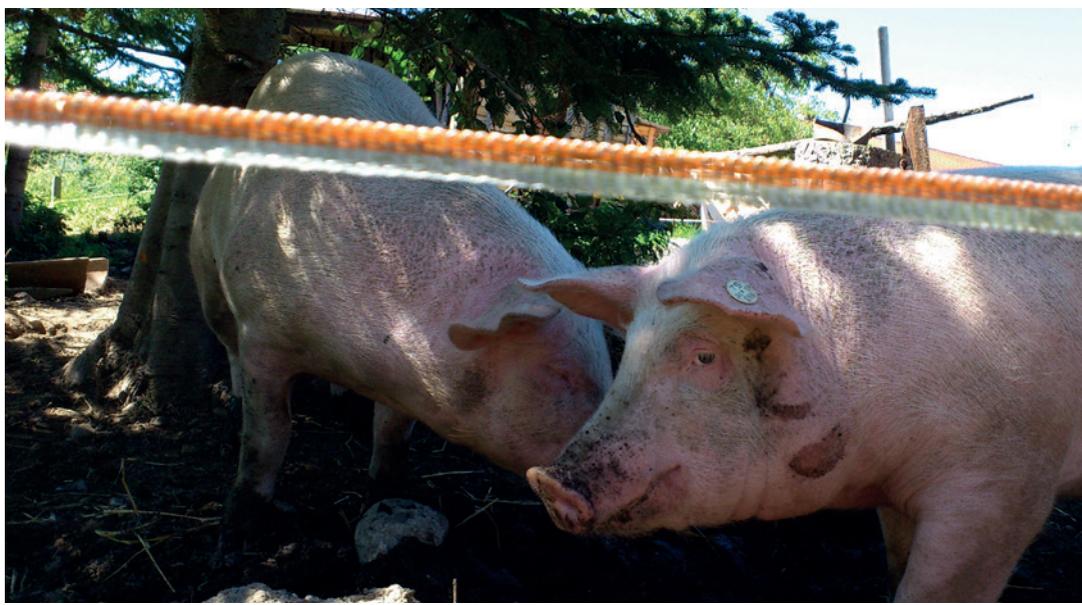


Foto: Sebastian Petrich

Maß halten statt Massen halten: Dann klappt es auch mit der guten Luft.

WENN LANDLUFT KRANK MACHT

Völlig zu Recht stehen die Verbrennungsmotoren wegen ihrer Abgase in der Kritik. Dabei dürfen aber nicht die Emissionen der Landwirtschaft vergessen werden.

Wer häufiger mit Pferden zu tun hat, kennt den scharfen, stechenden Geruch, der vom Mist auf dem Stallboden aufsteigt: Ammoniak. Dieses unsichtbare Gas lässt den Hals kratzen und die Augen tränen, es greift die Atmung an und kann in hohen Konzentrationen Lungenödeme und -entzündungen verursachen. Je mehr Mist auf dem Boden liegt, desto höher die Ammoniakkonzentration. In dreckigen Ställen möchte man nicht zum Personal gehören und erst recht nicht zur Bewohnerschaft, schließlich können sich auch bei Tieren die Atemwege entzünden. Damit die Nutztiere nicht am eigenen Ammoniakausstoß sterben, sind Ställe seit jeher luftdurchlässig. Auch im kältesten Winter muss kontinuierlich gelüftet werden. Bei den modernen Megaställen – den Tierhaltungsanlagen, wie der Gesetzgeber sie euphemistisch nennt – läuft der Luftaustausch nicht mehr über Luken oder Tore, sondern über eine Belüftungsanlage. Für alle im Stall ist eine funktionierende Belüftung gut, doch wenn das Ammoniak in die Außenluft gerät, schafft es Probleme an mehreren anderen Stellen.

Problem Nummer eins: Ammoniak ist ein Feinstaub-Vorläufer. Über verschiedene Reaktionen in der Luft wandelt es sich in Ammoniumsulfat und Nitrat um. Diese Stoffe tragen wiederum dazu bei, dass sich Feinstaubpartikel bilden. Die Max-Planck-Gesellschaft veröffentlichte 2015 die Annahme, dass in Deutschland jährlich rund 14.000 Todesfälle durch Luftverschmutzung auf Staubquellen in der Landwirtschaft zurückzuführen sind. Ställe sind allerdings nicht die einzige Quelle von Ammoniak. Der Stoff entweicht auch Gülledepots und frisch gedüngten Feldern.

Problem Nummer zwei: Ammoniak trägt über Luft und Wasser Stickstoff in die Ökosysteme ein. Davon profitieren zwar einige „Allerweltsarten“ wie Brombeeren oder Brennnesseln. Andere hingegen, etwa Magerrasen und Wildpilze, geraten in ernsthafte Schwierigkeiten. Folge: Die Artenvielfalt schwindet.

Was tun gegen die dreckige Luft aus der Tierproduktion? Wenn Gülle gelagert und auf den Feldern verteilt wird, sollte möglichst wenig Kontakt zur Atmosphäre bestehen: Silos müssen gut abgedichtet werden und Dünger schnell in den Boden eingearbeitet werden. Das hält die Luft sauberer, verhindert aber nicht, dass der Stickstoff in Form von Nitrat ins Wasser gelangt, wo er zu Algenwachstum und Sauerstoffmangel führt. In den Ställen verbessern Filter an den Lüftungsanlagen die Situation.

Seit Anfang 2017 sind in Brandenburg Abluftreinigungsanlagen für Megaställe mit mehr als 10.000 Tieren vorgeschrieben – ein Erfolg des Volksbegehrens gegen Massentierhaltung, das der BUND mit anderen Initiativen vorangetrieben hatte. Während das Bundesimmissionschutzgesetz Auflagen nur für neue Ställe vorsieht, gilt dieser Filtererlass ausdrücklich für Bestandsanlagen. Möglicherweise helfen Abluftreinigungsanlagen auf dem neusten Stand der Technik auch bei einem weiteren Problem der Massentierhaltung: die Verbreitung antibiotikaresistenter Bakterien, die mit trockenen Kotpartikeln durch die Lüftung in die Luft außerhalb des Stalls gewirbelt werden.

So erfreulich die neue Filterpflicht einerseits ist, so doktert sie andererseits nur an den Symptomen einer industriellen Tierherstellung herum, die längst jedes vernünftige Maß verloren hat. Wenn verbesserte Abgasreinigung in den Ställen dazu führt, dass der beengte Megastall gegenüber der Freilandhaltung als die sauberere Variante erscheint, ist für das Wohlergehen der Tiere nichts gewonnen. Schlechte Luft ist nur eines von vielen Problemen, die mit der Massentierhaltung verbunden sind. *sp*

Studie des Thünen-Instituts zu Emissionen aus der deutschen Landwirtschaft 1990–2015: www.kurzlink.de/thuenen-report

EDITORIAL

von Christine Kühnel und Carsten Preuß



Liebe Leserinnen und Leser,

ändert sich die Realität, nur weil man sich das wünscht? Aus unserer Erfahrung müssen wir leider sagen, dass Wünsche allein erst einmal überhaupt nichts ändern. Gerade im Umwelt- und Naturschutz kommt es eher auf die Taten an. Da wundern wir uns doch umso mehr, wie sehr es derzeit Mode ist, die Realität einfach umzudeuten und die Fakten hinter sich zu lassen.

In Berlin hat es eine kleine Oppositionspartei geschafft, einer knappen Mehrheit vorzugaukeln, man könne einfach so per Wunsch einen innerstädtischen Flughafen erhalten. Ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Menschen außen herum, ohne Rücksicht auf die rechtlichen Bedingungen. Und in Brandenburg behauptet die Landesregierung dreist, die Pariser

Klimaschutzziele einhalten und gleichzeitig noch jahrzehntelang schmutzige Braunkohle verbrennen zu können.

Eigentlich fehlt nur noch das Versprechen, sämtliche Probleme mit einem Software-Update zu lösen. Doch das funktioniert weder beim Klimaschutz noch bei der Luftreinhaltung, dem Schwerpunktthema dieser BUNDzeit.

Das heißt aber nicht, dass wir nichts mehr wünschen dürfen. Zum Beispiel wünschen wir Ihnen einen schönen Jahresausklang und alles Gute für 2018!

Ch Kühnel

C. Preuß

„WENN ES KEINEN GRENZWERT GIBT, HAT KEINER DAS PROBLEM IM BLICK“

Marion Wichmann-Fiebig, Leiterin der Abteilung Luft im Umweltbundesamt, über Messverfahren, die Entstehung von Grenzwerten und das größte Problem der Kohlekraftwerke

BUNDzeit: Frau Wichmann-Fiebig, wie misst man Luftverschmutzung?

Marion Wichmann-Fiebig: Das hängt vom Schadstoff ab. Feinstaub fängt man in einem Filter auf, den man vorher und nachher wiegt, die Differenz entspricht der Feinstaubmenge. Bei Gasen bedient man sich optischer Verfahren oder chemischer Reaktionen.

Braucht man sehr viele Stationen, um die Schadstoffe in ihrer Gesamtheit zu messen?

Da es in erster Linie um die Einhaltung von Grenzwerten geht, wird am höchstbelasteten Standort gemessen. Aber natürlich möchte man auch wissen, woher die Stoffe kommen und wie es in der Umgebung aussieht. Deshalb misst man auch an ein paar anderen Stellen und im Hintergrund. Ergänzt wird das durch eine Modellrechnung: Entweder überträgt man Werte von einer Straße auf die andere oder man modelliert, welche Abgasmengen in der Luft sind und zu welchen Konzentrationen das führt – vorausgesetzt, man hat genügend Rechenkapazität. Das machen die Städte sehr unterschiedlich. Es hat keinen Sinn, jede Straße mit Messstationen auszurüsten, denn davon wird die Luft auch nicht besser.

Können Sie die Todesfälle quantifizieren, die auf Luftverschmutzung zurückgehen?

Ja, wir können recht gut abschätzen, wie hoch die Konzentrationen der gefährlichsten Schadstoffe sind und wie viele Menschen an den Hotspots leben. Wenn man das miteinander verrechnet, kommt man deutschlandweit auf etwa 40.000 vorzeitige Todesfälle aufgrund der Feinstaubbelastung.

Welche Stoffe machen Ihnen derzeit am meisten Sorge?

Feinstaub, Stickstoffdioxid und Ozon. Beim Ozon haben wir die Spitzenkonzentration mittlerweile im Griff, uns beunruhigt aber, dass die Konzentration im städtischen Hintergrund zunimmt. Weil es dort keinen Grenzwert gibt, hat kaum jemand diese Entwicklung im Auge. Ähnlich ist es beim Feinstaub, bei dem außer in Stuttgart der Grenzwert nicht mehr überschritten wird. Nun sind die Feinstaub-Grenzwerte 1999 verabschiedet worden; die Weltgesundheitsorganisation schätzt die Gefahren mittlerweile aber ganz anders ein. Hier müssten die Grenzwerte verschärft werden.

Wie sollten die Grenzwerte denn aussehen?

Im Idealfall sollten sie sich an den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation orientieren. Beim Feinstaub (PM_{2,5}) liegt die Empfehlung bei 20 µg/m³. Beim Ozon wäre ein Hintergrundwert von 120 µg/m³ in Ballungsräumen als Achtstundenmittel gut, und zwar als verbindlicher Grenzwert.

Welche Rolle spielt das Zusammenwirken von Stoffen?

Grundsätzlich gilt: Wenn jemand nicht nur hoher NO₂-Konzentration, sondern auch hohen Feinstaubwerten und immer wieder mal hohen Ozonwerten ausgesetzt ist, sind es jeweils die gleichen Organe, die belastet werden: der Atemtrakt und das Herz-Kreislauf-System. Da verstärken sich die Wirkungen.

Bitte schildern Sie einmal den Entscheidungsprozess, aus dem ein Grenzwert hervorgeht.

Nehmen wir mal die Feinstaub- oder NO₂-Grenzwerte. Beide sind durch EU-Richtlinien zustande gekommen. Die EU-Kommission, die allein das Initiativrecht für neue Regelungen hat, lässt Studien anfertigen und zieht Fachleute beispielsweise aus der Wissenschaft und aus der Anlagen-genehmigung hinzu. Gewöhnlich sind die Vorschläge der Kommission recht ambitioniert. Allerdings fragt sie auch, was realistischerweise einzuhalten ist. Verwässert wird

der Kommissionsvorschlag meistens erst im Nachhinein, wenn einige Mitgliedsstaaten nicht sehen, wie sie den Wert erreichen können. Natürlich wirken auch Wirtschaftslobbyisten auf die Staaten ein und Umweltorganisationen drehen die Schraube in die andere Richtung.

Stickoxide stammen vor allem aus Verbrennungsmotoren, zum Teil aber auch aus Stein- und Braunkohlekraftwerken. Dort ging, anders als bei den Autos, der NO_x-Anteil in den letzten 15 Jahren überhaupt nicht zurück. Wie kommt das?

Die Technik der Denox-Anlagen in den Kraftwerken ist im Wesentlichen ausgereizt, nur zu relativ hohen Kosten könnte man sie noch ein bisschen verbessern. Aber das bringt uns nicht viel, denn der Großteil der NO₂-Emissionen kommt wie gesagt aus dem Verkehr. Außerdem verteilt sich das NO₂ aus den Kraftwerken großflächig, der Beitrag zur gesundheitlichen Belastung ist daher recht klein. Das große Problem der Kohlekraftwerke sind die Klimagase, das CO₂. Das ist der wesentliche Grund, die Braun- und Steinkohlekraftwerke stillzulegen und keine neuen zu bauen.

Abgasgrenzwerte dienen in erster Linie dem Schutz der menschlichen Gesundheit. Berücksichtigen sie auch den Erhalt der Biodiversität?

Die Luftqualitäts-Richtlinie nennt einige Zielwerte zum Schutz von Ökosystemen und der Vegetation. Die sind allerdings nicht verbindlich und so lasch, dass sie nichts bewirken. Neben den Luftgrenzwerten und den anlagenbezogenen Emissionsgrenzwerten hat die europäische Luftreinhaltung eine dritte Säule, die nationalen Emissionsobergrenzen. Aus Sorge vor Versauerung und Eutrophierung haben sich alle EU-Staaten zu einer verbindlichen Reduktion unter anderem von Stickoxiden, Ammoniak und Schwefeldioxid bis zum Jahr 2030 verpflichtet. Der Schwachpunkt bei diesem Ansatz ist, dass er empfindliche Ökosysteme nicht gezielt schützt, zum Beispiel bestimmte Waldgebiete, in denen stickstoffliebende Pflanzen den Bäumen und Kräutern Wasser und Licht nehmen.

Welche Regelungen zur Luftreinhaltung haben sich in der Vergangenheit als besonders wirkungsvoll erwiesen?

Ein großer Erfolg war der Partikelfilter. Von Stuttgart abgesehen können wir heute überall den Feinstaub-Grenzwert einhalten. Bei seiner Einführung 2005 wurde er in nahezu allen Großstädten überschritten. Jetzt haben wir seit fünf Jahren kein grundsätzliches Problem mehr damit. Das verdanken wir dem Abgas-Grenzwert für Diesel-Pkw, der dazu geführt hat, dass Neufahrzeuge ohne Partikelfilter nicht mehr genehmigt wurden.

Das Gespräch führte Sebastian Petrich

ZUR PERSON



Marion Wichmann-Fiebig

Jahrgang 1959, studierte Meteorologie in Bonn und arbeitete bei der Landesanstalt für Immissionsschutz in Essen und bei der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission in Brüssel. Seit 2003 leitet sie die Abteilung Luft im Umweltbundesamt. Diese Abteilung hat unter anderem die Aufgabe, die Luftqualität zu beurteilen, Maßnahmenpläne zu entwickeln, Risiken für terrestrische Ökosysteme abzuschätzen und das Bundesumweltministerium in Sachen Luftreinhaltung zu beraten.

LUFT

INFO

ABGASQUELLE KOHLEKRAFTWERK

Kohlekraftwerke haben nicht nur dank CO₂-Ausstoß eine miserable Klimabilanz, sie sind auch für eine Menge Luftschadstoffe verantwortlich. Sie sind nach dem Straßenverkehr die zweitgrößte Stickoxidquelle. Im Lausitzer Braunkohlekraftwerk Jämschwalde beispielsweise liegen alle ausgestoßenen Schadstoffe um ein Mehrfaches über dem jeweiligen Schwellenwert: Stickoxide (186-fach), Schwefeloxide (118-fach), Arsen (6,5-fach), Blei (4,6-fach), Quecksilber (43-fach), Kohlenmonoxid (24-fach), Feinstaub (11-fach). Schwellenwerte bezeichnen einen Wert, unterhalb dessen keine Risiken für die menschliche Gesundheit angenommen werden. Ob es für Stoffe wie NO₂ und Feinstaub überhaupt Schwellenwerte geben kann, ist umstritten.

DUNKLE WOLKE

Die rund 280 Kohlekraftwerke in der EU waren im Jahr 2013 nach einer Studie von vier europäischen Umweltorganisationen EU-weit für 22.900 vorzeitige Todesfälle verantwortlich. www.kurzlink.de/kohle

EU VERSCHÄRFT REGELN

Gegen den Willen Deutschlands hat die EU im Frühjahr 2017 die Vorgaben für Kohlekraftwerke verschärft. Die sogenannte LCP-BREF-Novelle legt allerdings keine Grenzwerte fest, sondern beschreibt die Bandbreite von Emissionen, die mit der besten verfügbaren Technik erreichbar sind. Die vier Braunkohle-Bundesländer Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt machen nun gegen die Novelle mobil, weil sie den Energiekonzernen die Umrüstkosten ersparen möchten. Kein einziges Braunkohlekraftwerk in Deutschland verfügt über einen Katalysator (SCR). Die SCR-Technik reduziert die NO_x-Emissionen um mindestens 85 Prozent.

KAMPAGNEN KOSTEN ...

... viel Geld. So auch unser Werben für ein Nein beim Tegel-Volksentscheid. Bitte helfen Sie dem BUND, die Kosten für Infomaterialien und Rechtsgutachten zu decken. Unser Versprechen: Der BUND kämpft weiter für die Schließung von TXL! Spendenkonto BUND Berlin: IBAN: DE51 1002 0500 0003 2888 00 BIC: BFSWDE33BER Bitte geben Sie im Verwendungszweck „TXL“ oder „Tegel“ sowie Ihre Postadresse für die Spendenbescheinigung an.

ELTERNTAXI AUSRANGIERT

Rekordbeteiligung bei der Aktion „Zu Fuß zur Schule und zur Kita“: 2017 machten rund 20.000 Kinder in 70 Schulen und 39 Kitas mit. Ob es 2018 noch mehr werden? Der BUND unterstützt sie dabei mit Materialpaketen, Parcours in Jugendverkehrsschulen und vielen Ideen für Aktionen. Wie es eine Buckower Schule geschafft hat, das morgendliche Verkehrsaufkommen der „Elterntaxis“ drastisch zu reduzieren, lesen Sie im BUNDblog. www.umweltzoneberlin.de

WORKSHOP WESTKREUZPARK

Fast alle sind sich in Charlottenburg-Wilmersdorf einig: Der Bebauungsplan Westkreuz soll das Bahngelände vor Bebauung schützen und als grüne Oase und Frischluftschneise erhalten. Aber was genau soll passieren? Reden Sie mit im 3. Workshop zum Westkreuzpark! 23.11.2017, 18–22 Uhr, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 100, BVV-Saal www.westkreuzpark.de

RAUS AUS DER MASSENTIERHALTUNG

Der Ausstieg aus der Massentierhaltung soll in den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung, findet der BUND. Finden Sie auch? Dann schreiben Sie das den Parteivorsitzenden. Der BUND hat dazu eine E-Mail vorbereitet. aktion.bund.net/raus-aus-der-massentierhaltung



Foto: Jörg Farys/depjektoren.de

Danke an alle, die unsere „Danke für Ihr Nein zu Tegel“-Kampagne unterstützt haben!

TEGEL RETTEN? KLIMA RETTEN!

Nach dem Volksentscheid muss es jetzt um die wirklich wichtige Frage gehen: Wie lässt sich der Flugverkehr reduzieren?

Um es vorweg zu sagen: Wirklich befriedigend ist der Ausgang des Tegel-Volksentscheids nicht. Ein klares Nein zur Offenhaltung Tegels hätte die unselige Flughafendiskussion beendet. Andererseits: Es hätte auch schlimmer kommen können. Denn als die FDP-Kampagne im Frühjahr Schwung aufnahm, fand sie – wenn man den Umfragen glauben darf – bei drei Viertel der Berlinerinnen und Berliner Zustimmung und die alles entscheidende Frage lautete bei den meisten Menschen: „Wie weit habe ich es zum Flughafen?“ Ganz so klar fiel dann mit 56 Prozent die Pro-Tegel-Mehrheit doch nicht aus. Das dürfte daran gelegen haben, dass mit der Zeit auch andere Aspekte öffentlich diskutiert wurden. Vor allem und völlig zu Recht die Frage, wie viel Lärm den Menschen in den Flugschneisen zugemutet werden darf. Und ob sich Berlin der Chance berauben soll, das Flughafengelände für sinnvolle Investitionen zu nutzen; an Vorschlägen für Wohnen, Bildung, Arbeit und Freizeit mangelte es ja nicht. Dass einige dieser Argumente zu den Wahlberechtigten durchgedrungen sind, ist erfreulich und bei aller Bescheidenheit auch ein Zeichen dafür, dass die Bemühungen des BUND nicht ganz umsonst waren (In finanzieller Hinsicht waren sie jedenfalls nicht umsonst, sprich: Die Öffentlichkeitsarbeit hat viel Geld gekostet, siehe Spendenaufruf in der Randspalte dieser Seite). Wie geht es nun weiter? Einfach wegducken kann sich der Senat nicht, will er nicht für den Rest der Legislaturperiode von der FDP am Nasenring durch die politische Manege geführt werden. Den Flughafenkonsens mit Brandenburg und

dem Bund wider besseres Wissen einfach aufzukündigen, kommt aber noch weniger in Frage. Dann würde es Klagen hageln, unter anderem vom BUND. Deshalb bleibt eigentlich nur das, was man besser vor dem Volksentscheid getan hätte, nämlich die Faktenlage gründlich zu klären. Sinnvoll wäre, alle Beteiligten einigten sich darauf, welche rechtlichen Fragen relevant sind und wie ein Klärungsverfahren ablaufen könnte. Dann müssten sich die „Tegelretter“ ernsthaft mit der Frage befassen, ob die von ihnen angestrebten Änderungen überhaupt umsetzbar sind.

Zeit für Fakten

Nach dem Volksentscheid müssen nicht nur prozedurale, sondern auch inhaltliche Fragen geklärt werden. Die wichtigste ist, wie viel Luftverkehr von und Berlin künftig stattfinden soll. Der BUND sagt: Deutschland – und damit auch die Bundesländer – hat klimapolitische Verpflichtungen, die nur zu erfüllen sind, wenn weniger geflogen wird. Doch bislang gibt es für Berlin-Brandenburg kein Luftverkehrskonzept, sondern nur Prognosen, die ein steiles Wachstum vorhersagen und auf deren Grundlage die Tegelfans den BER noch vor seiner Eröffnung für überlastet erklären. Angenommen, der Flughafen stößt tatsächlich an seine Grenzen: Sollte man dann nicht den Markt die Sache regeln lassen? Das wäre ganz einfach. Wer unbedingt fliegen will, muss eben mehr zahlen. Echte Liberale wären begeistert. *sp*

KLINIKEN UND KLIMA

BUND berät Gesundheitsbranche auf Bonner Weltklimakonferenz.

Wie können Krankenhäuser ihren CO₂-Fußabdruck messen? Welche Unterstützung brauchen sie von den Umwelt- und Gesundheitsministerien, um ihre Treibhausgasemissionen zu senken? Kurz: Wie können die Kliniken in Europa ihren Beitrag dazu leisten, die nationalen Klimaschutzziele ihres jeweiligen Landes zu erreichen? Diese Fragen diskutiert der BUND Berlin mit Führungskräften von rund 40 Gesundheitseinrichtungen aus ganz Europa bei einem Treffen, das im Rahmen der 23. Weltklimakonferenz (COP 23, 6.–17. November 2017) in Bonn stattfindet.

Kliniken haben ein großes Interesse daran, den Klimawandel aufzuhalten, schließlich sehen sie sich in der täglichen Arbeit mit seinen Folgen konfrontiert. Neue Krankheiten treten auf und die Muster der schon bekannten Krankheiten verändern sich. Außerdem wird immer deutlicher, dass das Verbrennen von fossilen Brennstoffen zu erheblichen gesundheitlichen Belastungen führt. Der BUND beschäftigt sich mit seinen Projekten „Energiesparendes Krankenhaus“ und „Klimamanager für Kliniken“ schon lange mit dem Gesundheitswesen. Als Mitglied der europaweiten Allianz Health Care Without Harm konnte er unter anderem die Vivantes-Kliniken dazu motivieren, über den Klimaschutz hinaus Umweltaspekte stärker zu berücksichtigen.

www.noharm-europe.org

Für Kranke und Klima machen anderthalb Grad einen großen Unterschied.



Foto: Simone Hainz/pixelio.de

NEUER ÄRGER MIT DER A 14

Für die nächsten Abschnitte der Autobahn A 14 zwischen Magdeburg und Schwerin soll ein Stück Elbtalau verschwinden. Das will der BUND verhindern.

In Kürze ist mit dem Planfeststellungsbeschluss eines weiteren Bauabschnitts der Altmark-Prignitz-Autobahn in Brandenburg zu rechnen. Sollte dieser zwei Kilometer lange Abschnitt zwischen der Elbe und der Anschlussstelle Wittenberge gebaut werden, würde er zusammen mit dem nördlich und südlich anschließenden Abschnitt mehrere Natura-2000-Gebiete queren und dauerhaft und irreversibel beeinträchtigen. Weitere sensible Gebiete würden tangiert, wodurch erhebliche Beeinträchtigungen nicht auszuschließen sind. In diesen Gebieten leben unter anderem Flussneunaugen, Steinbeißer, Biber, Fischotter, Eremiten, Rotbauchunken, Mopsfledermäuse, Kammmolche, Baumfalken, Schwarzstörche, Wachtelkönige, Wiedehopfe, Seeadler und Eisvögel – alles besonders geschützte oder vom Aussterben bedrohte Tiere. Die meisten von ihnen sind auf einen bestimmten Lebensraum angewiesen, nämlich auf die Auenwiesen und -wälder, wie sie in Deutschland fast nur noch an der Elbe vorkommen. Hinzu kommen viele bedrohte und streng geschützte Lebensraumtypen.

Wenn es nach dem Willen der Verkehrsplaner und der Landesbehörden geht, soll durch diese sensiblen Gebiete eine vierspurige Autobahn gebaut werden, für die es selbst nach amtlichen Prognosen, die von 25.000 auf etwa 13.000 Fahrzeugen am Tag korrigiert wurden, keinen Bedarf gibt. Besonders bizarr: Die A 14 soll zwischen den geplanten Anschlussstellen Vielbaum in Sachsen-Anhalt und Wittenberge in Brandenburg auf rund zwölf Kilometer Länge auf der Trasse der Bundesstraße B 189 gebaut werden – während

diese neben der A 14 für den langsam fahrenden Verkehr neu gebaut wird! Schon heute könnte die B 189 die bis 2030 prognostizierten 13.000 Fahrzeuge am Tag ohne Ausbau aufnehmen. Seit Jahren queren auf der B 189 nur rund 6.500 Fahrzeuge täglich die Elbe.

Der BUND wird alles tun, um diese unsinnige und zerstörerische Autobahnplanung aufzuhalten. Für die absehbare juristische Auseinandersetzung ist er auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Bitte spenden Sie – auch kleine Beträge helfen!

Spendenkonto BUND Brandenburg
DE 24 4306 0967 1153 2782 00
BIC: GENODEM1GLS
Stichwort „A14“

Soll die Rotbauchunke Platz für eine unsinnige Autobahn machen?



Foto: Benny Trapp, CC BY-SA 3.0, kurzlink.de/cebya

QUALITÄT STATT QUANTITÄT

Die Brandenburger Landesregierung überarbeitet ihre Energiestrategie. Das wäre eine gute Gelegenheit für einen Kurswechsel.

Bisher folgte Energiepolitik in Brandenburg einem einfachen Muster: Der regionale Kohlemonopolist meldet seine Wünsche an und die Landesregierung richtet ihre Ziele danach aus. Das funktioniert nicht mehr so reibungslos, seit der Kohlemonopolist nicht mehr Vattenfall, sondern die Leag heißt, denn niemand weiß so genau, was die Leag primär will. Nicht wenige halten es für wahrscheinlich, dass Leag ausschließlich an den milliardenschweren Rückstellungen interessiert ist, die Vattenfall für die Zeit nach den Tagebauen gebildet hatte, oder auf Entschädigungen spekuliert, wenn der Kohleausstieg politisch beschlossen wird. Darauf könnte die rot-rote Koalition eigentlich mit einem Kohleausstiegsplan reagieren, aber so wie es aussieht, will sie wohl die Kohleförderung und -verstromung für Jahrzehnte festschreiben.

Eine wirklich nachhaltige Energiestrategie würde jetzt den Kohleausstieg besiegeln. Spätestens 2030 muss das letzte Kohlekraftwerk vom Netz, bis dahin dürfen maximal 20 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr ausgestoßen werden. Sonst können die Pariser Klimaziele nicht erreicht werden. Jänschwalde, das zu den vier dreckigsten Kraftwerken Europas zählt, darf nur bis 2020 laufen. Bis 2050 soll sich die Region Berlin-Brandenburg komplett klimaneutral mit Strom und Wärme



Foto: BUND Brandenburg

BUND-Aktive buchstabieren Energiestrategie vor dem Brandenburger Landtag.

versorgen. Das bedeutet in erster Linie mehr Effizienz, vor allem bei Gebäuden und im Verkehr. Und Brandenburg muss sich von der Vorstellung verabschieden, immer mehr Strom zu exportieren.

Ohne erneuerbare Energien gibt es keine klimaneutrale Energieversorgung. Aber die Erneuerbaren sind kein Selbstzweck! Neue Windräder verbessern die Klimabilanz nur dann, wenn fossile Energiequellen vom Netz gehen. Das bisherige Prinzip, viel von allem zu produzieren, um viel zu exportieren, hat ausgedient. Im Zuge des Kohleausstiegs muss Brandenburg auf erneuerbare Energien umsteigen. Damit dies naturverträglich geschieht und nicht neue Umweltprobleme schafft, muss der tatsächliche Energiebedarf ermittelt werden. An erster Stelle Einsparpotenziale erschlossen werden. Ein ungebremses Wachstum bei Windkraft oder Biomasse ist ebenso wenig sinnvoll wie neue Tagebaue.

www.BUND-Brandenburg.de/energiestrategie

ANZEIGE

Was bleibt, wenn wir gehen?



Ihr Vermächtnis an den BUND:

Almuth Wenta
Telefon (030) 27 58 64 74
E-Mail: almuth.wenta@bund.net
www.bund.net/Testament



AKTUELL

MITMACHEN

ZÄUNE STATT FLINTEN

Gegen den Widerstand der EU-Kommission erlaubt Schweden die Jagd auf den Wolf. Trotzdem reißen Wölfe dort weiter Nutztiere, weshalb Tierhalter nun Zäune bauen. Das ergab eine Anhörung schwedischer Wildtierfachleute im Potsdamer Landtag. Hierzulande fordern CDU, Bauern- und Jägerverbände, den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen und damit Nutztiere zu schützen. Der BUND lehnt das ab. Wölfe dürfen jetzt schon „entnommen“ (sprich: getötet) werden, wenn sie auffällig geworden sind. Ein Wolf, der Tiere aus einer ungesicherten Herde reißt, benimmt sich aber normal. Auffällig wird er, wenn er einen Zaun überwindet. Bevor geschossen wird, müssen also erst einmal Zäune errichtet und Hütehunde angeschafft werden. www.BUND-Brandenburg.de/wolf

WISENT-ABSCHUSS RECHTSWIDRIG

Der wildlebende Wisent, der Mitte September auf Anordnung des Amtsdirektors von Lebus (Märkisch-Oderland) erschossen wurde, stellte keine Gefahr für Menschen dar und hätte daher nicht getötet werden dürfen. Damit sich ein solcher Fall nicht wiederholt, fordert der BUND, die Veterinärämter in den Landkreisen mit Betäubungsgewehren auszurüsten. Da der Wisent aus Polen eingewandert war, wo es eine größere Wisent-Population ohne Konflikte mit Menschen lebt, muss die Kommunikation mit den polnischen Behörden verbessert werden. Hätten sich die Lebuser Beamten in Polen über Verhaltensweisen und möglichem Vorgehen erkundigt, könnte das streng geschützte Wildtier heute noch leben. Dass der Kopf des erlegten Wisents im Lebuser Heimatmuseums als Trophäe ausgestellt werden soll, macht den Vorfall nicht besser.

NEUJAHRSEMPFANG

Zusammen mit dem Nabu lädt der BUND Brandenburg zum Neujahrsempfang. 30.1.2018, 18:30 Uhr, Naturkundemuseum Potsdam, Breite Straße 13

TERMINE

MITGLIEDERVERSAMMLUNG IN BERLIN

Die BUNDjugend Berlin lädt ihre Aktiven und Mitglieder zur diesjährigen Mitgliederversammlung ein. Unter anderem wählen wir einen neuen Landesvorstand.

12.11.2017, 13 Uhr,
BUNDjugend-Büro,
Erich-Weinert-Straße 82,
Berlin-Prenzlauer Berg

LANDESJUGENDVERSAMMLUNG IN POTSDAM

Welchen Kurs soll die Brandenburger BUNDjugend im kommenden Jahr einschlagen? Das beraten die Aktiven auf der jährlichen Mitgliederversammlung.

25.11.2017, Potsdam
Details zu Ort und Zeit unter brandenburg.BUNDjugend.de

WEIHNACHTSFEIER

Bei veganen Plätzchen, Glühwein und Punsch feiert die Berliner BUNDjugend das abgelaufene Jahr und schaut freudig aufs kommende.

14.12.2017, 19 Uhr
BUNDjugend-Büro,
Erich-Weinert-Straße 82,
Berlin-Prenzlauer Berg

WIR HABEN ES SATT!

Geht mit uns für eine nachhaltige und artgerechte Landwirtschaft auf die Straße! Rund um die Demo findet auch das bundesweite Aktiventreffen der BUNDjugend in Berlin statt.

20.1.2018, 12 Uhr,
Berlin, Hauptbahnhof
(Demostart)
www.wir-haben-es-satt.de



BUNDjugend

YOUNG FRIENDS OF THE EARTH

VON FIDSCHI NACH BONN – KLIMAAKTIVIST*INNEN MACHEN SICH STARK

Vom 6. bis zum 17. November 2017 findet die Klimakonferenz (COP) in Bonn statt. Gastgeber der COP sind die Fidschi-Inseln. Nur aus Platzgründen finden die Verhandlungen in Deutschland statt. Fidschi ist schon jetzt stark vom Klimawandel betroffen. Was das für den Alltag dort bedeutet, berichtet uns der Klimaktivist Lagi.



Lagi Seru, Fidschi

Wirbelstürme, Überschwemmungen, Missernten und Existenzangst. Das sind die Dinge, die die Bewohner*innen der Fidschi-Inseln fast täglich plagen. Der Inselstaat im Südpazifik gehört zu den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Orten der Welt: Die Inseln liegen nur knapp über dem Meeresspiegel und gelten als stark überschwemmungsgefährdet. Wenn die Erde sich weiterhin erwärmt, wird es das Paradies bald nicht mehr geben.

Das weiß auch Lagi Seru, ein 25-jähriger Umweltaktivist von Fidschi. Anlässlich der diesjährigen Klimakonferenz in Bonn haben wir ihn interviewt, um herauszufinden, wie sehr die Menschen unter den Folgen des Klimawandels leiden und was sie dagegen tun. „Mein Interesse am Umweltschutz ist dadurch gewachsen, dass mein Dorf den Auswirkungen des steigenden Meeresspiegels und der Küstenerosion gegenüberstand. Wirbelstürme zerstörten Häuser und Ackerland“, erzählt er. Höchste Zeit also etwas zu ändern.

Lagi engagiert sich in verschiedenen Organisationen, organisiert Demos und betreut Projekte, die beispielsweise den Wiederaufbau der Mangrovenwälder fördern. Sein wichtigstes Anliegen ist es aber, junge Menschen auf die verheerenden Folgen des Klimawandels aufmerksam zu machen. Er will ihnen zeigen, dass sie etwas bewegen können: „Wenn die

Menschen ihre Macht erkennen, können sie etwas gegen den Status Quo und das aktuelle Wirtschaftsmodell tun. Profit sollte nicht über die Umwelt oder die Zukunft des Planeten gestellt werden“.

Die Regierung von Fidschi hat bereits Regelungen und Richtlinien in Kraft gesetzt, die den Umweltschutz unterstützen und besonders den weiteren Anstieg des Meeresspiegels aufhalten sollen. Lagi nennt das einen „bemerkenswerten Fortschritt“ – und der ist auch wichtig! Die Landwirtschaft war lange Zeit der größte Wirtschaftssektor, doch durch Wetterveränderungen, Wirbelstürme und Missernten mussten viele Bewohner*innen ihre Arbeit aufgeben und können sich nicht mehr selbst ernähren. Die Küstengemeinden sind besonders vom Klimawandel betroffen: Hier mussten die Menschen aus Sicherheitsgründen ihre Dörfer verlassen und ehemalige Fischer*innen können sich nicht länger auf den Ertrag des Fischfangs verlassen.

Doch um den Klimawandel aufzuhalten, braucht es mehr als das Engagement des Inselstaats. Lagi fordert deshalb: „Die Industrieländer müssen erkennen, dass der Klimawandel eine ernsthafte Bedrohung darstellt und Menschen auf der anderen Seite der Erde unter den Auswirkungen ihrer Handlungen leiden.“ Sarah Grzondziel

JUGEND MACHT DRUCK!

So sind junge Menschen bei den Klimakonferenzen aktiv

Bei den Klimakonferenzen sind viele NGOs aktiv und setzen sich gegenüber den Delegierten für den Klimaschutz und Klimagerechtigkeit ein. Auch junge Menschen nehmen an den Klimakonferenzen teil und erheben ihre Stimme. So auch die 27-jährige Umweltaktivistin Maruška Mileta aus Zagreb, Kroatien. Sie arbeitet für die Umweltschutzorganisation Zelena Akcija (Grüne Aktion), die wie die BUNDjugend Teil des Netzwerks Young Friends of the Earth ist.

Maruška war bereits bei der COP in Warschau 2013 und in Paris 2015. Durch Aktionen versuchen Maruška und ihre Mitstreiter*innen, die Entscheidungen auf den Klimakonferenzen zu beeinflussen. „Die Politiker verhandeln bereits seit über 20 Jahren und haben uns lange Zeit nicht wirklich beachtet. Doch das ändert sich mehr und mehr, vor allem, wenn wir Aufmerksamkeit von den Medien erhalten.“ Ein großes Problem ist der Einfluss der Öl- und Kohleindustrie.

Maruška Mileta, Kroatien:
schwarze Brille, rote Haare
und erhobene Faust

Viele Entscheidungen werden hinter verschlossenen Türen getroffen, berichtet Maruška. Deswegen richten sich viele Aktionen gegen die Lobbyisten.

Eine aus Maruškas Sicht sehr einflussreiche und emotionale Aktion fand während der Verhandlungen in Warschau statt. In der Zeit wurden die Philippinen vom Super-Taifun Hayan getroffen. Als Zeichen gegen das Nichtstun der reichen Länder begann der philippinische Delegierte Sano zu fasten. „In Solidarität mit Sano und den Menschen auf den Philippinen fasteten wir auch die gesamte Konferenz lang.“ Ein bemerkenswerter Einsatz, finden wir!

Hinter jeder Konferenz stecken monatelange Vorbereitungen, Skype-Konferenzen und Meetings, bei denen die Jungaktivist*innen die allgemeine Strategie und die konkreten Aktionen planen. Für die Konferenz in Paris haben sich die jungen Leute sogar zwei Jahre lang vorbereitet, denn diese COP hatte hohen politischen Wert. Lohnt sich der ganze Aufwand? Dazu Maruška: „Es ist wichtig, dass junge Menschen auf den Klimaverhandlungen präsent sind und Druck auf die Delegierten machen. Die Regierungen der reichen Länder müssen die Verantwortung für die Klimakrise übernehmen und Emissionen reduzieren, die jetzt schon Zerstörungen im globalen Süden anrichten.“

Charlotte Münch, Alexander Grams



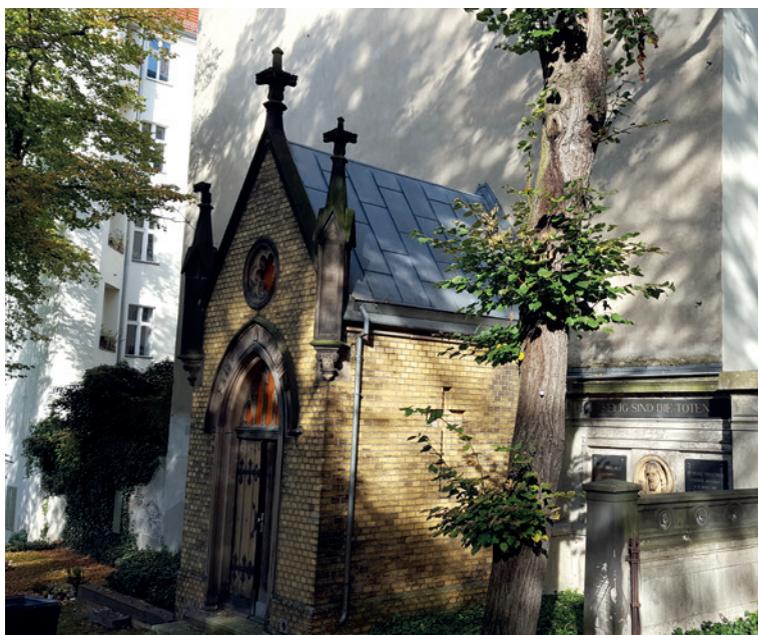
DIE GRÜNE INSEL AUF DER ROTEN INSEL

Wenn es draußen früh dunkel und kalt wird, bieten sich die Berliner Friedhöfe als Naturerlebnis in der Nachbarschaft an. Ein besonders interessanter Ort ist der Alte St.-Matthäus-Kirchhof in Schöneberg.

Wie etliche andere Gottesäcker Berlins ist der Alte St.-Matthäus-Kirchhof älter als die Bebauung außen herum. Weil die Matthäus-Gemeinde im damaligen Geheimratsviertel – hier steht heute das Kulturforum – keine eigenen Flächen besaß, weihte sie 1856 ihren Friedhof außerhalb der Stadt ein: auf den Feldern des Dörfchens Schöneberg, einer Gegend, die heute als Rote Insel bekannt ist. Gewissermaßen waren die ersten Insulaner also Tote; wobei das Gebiet erst Jahrzehnte später zu seinem Namen kam (Der Legende nach hisste ein aufmüpfiger Anwohner 1878, zur Zeit der Sozialistenverfolgung, ausgerechnet in dem Moment eine rote Fahne, als Kaiser Wilhelm I. vorbeiritt. Für den Inselcharakter sorgen Eisenbahnlinien, die ein Dreieck bilden).

Im Gegensatz zum proletarischen Umfeld, das sich rund um den Kirchhof ansiedelte, gehörten die Bestatteten eher der gehobenen Gesellschaft an, denn dank starker Nachfrage nach Friedhofsflächen konnte die Kirchengemeinde saftige Grabgebühren kassieren. So fanden denn etliche Prominente ihre letzte Ruhestätte auf St. Matthäus: der Begründer der modernen Pathologie, Rudolf Virchow, die Gebrüder Grimm und der Meiereimogul Carl Bolle. Aus den letzten Jahrzehnten stammen die Grabstätten für Rio Reiser (Ton Steine Scherben), Almut Klotz (Lassie Singers) und für den Anti-Aids-Aktivisten Napoleon Seyfarth. Allerdings liegen hier nicht nur Sympathieträger. So findet sich auf dem Alten St.-Matthäus-Kirchhof auch das Grab des deutschnationalen Historikers Heinrich von Treitschke, der den Satz „Die Juden sind unser Unglück“ prägte. Immerhin ist es seit 2003 kein Ehrengrab mehr.

Der Ehrengrab-Status schützte Grabstätten in der Vergangenheit allerdings nur bedingt. Weil der Friedhof den großenwahn sinnigen Nazi-Plänen für die „Welthauptstadt Germania“ im Weg war – fast die ganze Rote Insel sollte einer gigantischen Nord-Süd-Achse weichen –, wurden 1938 die ersten 4.500 Gräber zum Stahnsdorfer Südwestfriedhof verlagert, darunter auch die Ehrengräber des Verlegers Gustav



Langenscheidt und des Lebensmittelhändlers Otto Reichelt. Der Arbeitskräftemangel nach Kriegsbeginn stoppte schließlich das „Germania“-Projekt. Eine zweite zerstörerische Planung tangierte den Alten St.-Matthäus-Kirchhof zu Westberliner Zeiten, als sich der Senat anschickte, eine Autobahn durch den unmittelbar angrenzenden Graben der Wanneseebahn (S1) zu bauen. Die sogenannte Westtangente sollte als verlängerte A 103 vom Kreuz Schöneberg durch den Tiergarten Richtung Norden führen, was engagierte Bürgerinnen und Bürger mit einer Normenkontrollklage 1981 stoppen konnten.

Heute droht dem „Promifriedhof“ keine Gefahr mehr. Das ist keine Selbstverständlichkeit in einer Zeit, in der einerseits dank Urnenbestattung der Flächenbedarf der Friedhöfe zurückgeht und andererseits die Preise für Bauland kräftig steigen. Laut Friedhofsentwicklungsplan von 2006 braucht Berlin nur noch 747 seiner 1.037 Hektar Friedhofsfläche für Bestattungen. Der Rest soll überwiegend, aber nicht ausschließlich in Grünfläche umgewidmet werden. Der BUND setzt sich dafür ein, dass die ehemaligen Friedhofsflächen Teil der Stadtnatur bleiben. Am Alten St.-Matthäus-Friedhof kann man exemplarisch sehen, warum. *sp*



Fotos: Sebastian Petrich

ÖKOTIPP: LÜFTEN

Je besser ein Fenster abgedichtet ist, desto wichtiger ist es, regelmäßig zu lüften. Schließlich dient das Lüften nicht der Temperaturregulierung, sondern dem Austausch verbrauchter Luft und vor allem dem Abführen von Feuchtigkeit. Nicht nur in Bad und Küche besteht grundsätzlich ein Schimmelrisiko, wenn nicht gelüftet wird, sondern überall, wo wir uns aufhalten, denn Menschen dünsten pro Tag etwa 1,5 Liter Feuchtigkeit aus. Damit nicht zu viel Wärme entweicht, sollte man nur stoßlüften, also alle Fenster im Raum für ein paar Minuten öffnen. Dadurch geht nur die in der Luft, nicht aber die in den Wänden gespeicherte Wärme verloren.

Das Stoßlüften begrenzt man am besten auf fünf Minuten von Dezember bis Februar und zehn Minuten in der Übergangssaison, mindestens zwei Mal täglich. Während der ganzen Heizsaison sind gekippte Fenster tabu, das Lüften in einem Stoß ist wesentlich effizienter. Damit nicht direkt aus dem Fenster geheizt wird, müssen die Ventile der Heizung beim Lüften immer abgedreht werden.

Zusätzlich gelüftet werden sollte nach Aktivitäten, die die Luftfeuchtigkeit in der Wohnung besonders erhöhen: duschen, kochen, bügeln, Wäsche zum Trocknen aufhängen.

Auch wenn es draußen regnet, sinkt nach dem Lüften die Luftfeuchtigkeit in der Wohnung. Das optimale Wohnklima herrscht bei einer relativen Luftfeuchtigkeit von 40 bis 60 Prozent. Wie hoch die Luftfeuchtigkeit ist, lässt sich mit einem Hygrometer messen. Die Messgeräte sind sowohl in mechanischer als auch digitaler Form im Handel erhältlich.

Wichtig: Die angezeigten Werte müssen unbedingt überprüft und die Geräte dann nachjustiert werden. Dazu einfach das Hygrometer in ein feuchtes Handtuch wickeln, nach ein paar Stunden muss der Wert bei 95 Prozent liegen.

In modernen Neubauten übernimmt die Haustechnik das Lüften. Wenn sie dem heutigen Stand der Technik entspricht, wird dabei Wärme aus der Abluft rückgewonnen. Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung kosten zwar rund vier Mal so viel wie Anlagen ohne Wärmetauscher, allerdings sind sie in der Lage, mindestens 75 Prozent der Wärme aus der Abluft zu entnehmen und wieder dem Heizkreislauf zuzuführen.



NATUR
ERLEBEN

MITMACHEN

STEGLITZ WIRD NACHHALTIG

Warum Dinge wegwerfen, die man noch nutzen kann? Der BUND organisiert Kleidertauschbörsen, Nähpartys, Technik-Workshops und ein regelmäßiges Repair Café in Steglitz. www.mekki-steglitz.de

IGEL IN DER STADT

Vortrag und Diskussionsrunde mit Anne Berger vom Institut für Zoo- und Wildtierforschung. Eintritt frei! 4.12.2017, BUND-Landesgeschäftsstelle, Crellestraße 35, Berlin-Schöneberg

KLASSENFAHRT INS MOOR

Der BUND lädt Gruppen- und Klassenfahrten mit dem Thema „Alleskönner Moor“ in die Schlaubemühle im Naturpark Schlaubetal. Wir organisieren das Programm, die Teilnehmenden zahlen nur Anfahrt, Übernachtung und Verpflegung. www.BUND-Brandenburg.de/moor-klassenfahrt

SAFT UND HONIG

Es gibt wieder frischen Apfelsaft und Honig von der BUND-Streuobstwiese in Stahnsdorf. Preis: 3-Liter-Packung 6 Euro, ab zwei Packungen 5 Euro. 300 Gramm Honig kosten 5 Euro. Die Erlöse kommen dem BUND zugute. BUND-Landesgeschäftsstelle, Crellestraße 35, Berlin-Schöneberg, geöffnet Montag, Dienstag und Donnerstag 10–13 Uhr und 14–17 Uhr, Mittwoch und Freitag 10–13 Uhr

STREUOBSTWIESEN-PATENSCHAFT

Mit einer Patenschaft (85 Euro oder mehr) helfen Sie dem BUND, die Streuobstwiese in Stahnsdorf zu pflegen und als naturnahe Kulturlandschaft dauerhaft zu sichern. Alle Patinnen und Paten sind herzlich eingeladen, als kleines Dankeschön einen Karton von dem naturtrüben Streuobstwiesen-Apfelsaft in der Berliner Landesgeschäftsstelle abzuholen (Adresse und Öffnungszeiten siehe oben). www.BUND-Berlin.de/baupatenschaft

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Berlin e.V.
Crellestr. 35
10827 Berlin
www.BUND-Berlin.de
und
Landesverband Brandenburg e.V.
Friedrich-Ebert-Str. 114a
14467 Potsdam
www.BUND-Brandenburg.de

KONTAKT

Tel. 030 787900-0
E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de
www.BUNDzeit.de

REDAKTION

Sebastian Petrich (sp)
Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P.

MARKETING & VERTRIEB

Thorsten Edler

ANZEIGEN

Tel. 030 787900-42
anzeigen@BUNDzeit.de

DRUCK

apm alpha print medien AG
Kleyerstraße 3
64295 Darmstadt
www.apm.ag

GESTALTUNG

sujet.design
www.sujet.de/sign

Erscheinungsweise: vierteljährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

AUFLAGE

30.000
Gedruckt auf Ultra Lux semiglos, 100% Recycling

Die nächste BUNDzeit erscheint Anfang Februar 2018. Anzeigenschluss ist der 22. Dezember 2017.

SPENDENKONTO

BUND Berlin
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN:
DE 51 1002 0500 0003 2888 00
BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg
GLS Bank
IBAN:
DE 24 4306 0967 1153 2782 00
BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND sind nach §13 ErbStG von der Erbschaftssteuer befreit. Fordern Sie unsere Informationsmaterialien an: erbschaftsratgeber@BUND-Berlin.de

KURZ & BUND



KNIPS DEN MEGASTALL!

Schöne Dinge fotografieren ist einfach. Aber wie setzt man die weniger schönen in Szene? Wir haben eine Herausforderung für Sie: Greifen Sie zur Kamera und fotografieren Sie Massentierhaltungsanlagen!

Warum? Der BUND engagiert sich mit der Kampagne „Stoppt den Megastall“ gemeinsam mit anderen Verbänden und Initiativen gegen Massentierhaltung in Brandenburg. Dazu muss man die industrielle Tierproduktion erst einmal sichtbar machen, was gar nicht so einfach ist. Aus guten Gründen agieren die Massentierhalter lieber im Verborgenen. Oder können Sie sich erinnern, wann Sie zuletzt an einer Führung durch eine Legebatterie teilgenommen oder Werbung für einen „gläsernen Schweinestall“ gesehen haben? Es müssen also Bilder her, die die Existenz dieser gigantischen Agrarfabriken bekannter machen. Wer kennt schon die Megaställe von Haßleben (Uckermark) oder Tornitz (Oberspreewald-Lausitz), in denen Zehntausend Schweine darauf warten, zum Schlachthof gekart zu werden?

Die Stallanlagen sind aber nur eine von mehreren Kategorien dieses Fotowettbewerbs. Gefragt sind auch Bilder von Protesten gegen Megaställe und von gefährdeter Natur, etwa von Tieren und Pflanzen, die unter den Stickstoffmassen leiden, die die Agrarindustrie über die Luft in die Landschaft bläst. Für alle weiteren Fotos zum Thema Massentierhaltung, die nicht in eine dieser Schubladen passen, gibt es die Kategorie „freie Motivwahl“.

Teilnahmeschluss: 16.2.2018

Zu gewinnen gibt es einen Fotoworkshop unter Leitung eines professionellen Naturfotografen und verschiedene Sachpreise. Der Wettbewerb richtet sich ausschließlich an Menschen, die hobbymäßig fotografieren. Beim Fotografieren müssen natürlich die Rechte Dritter gewahrt werden. Wenn Sie Ställe von innen fotografieren wollen, fragen Sie vorher diejenigen, die das Hausrecht haben. Und bevor wir es vergessen: Natürlich möchte der BUND die Bilder, die Sie einschicken, für die Kampagne „Stoppt den Megastall“ nutzen.

Bitte schicken Sie uns Ihre Wettbewerbsbeiträge an kontakt@stoppt-den-megastall.de
Mehr zur Kampagne unter www.stoppt-den-megastall.de



LUFT IN ZAHLEN

Zahl der Tierfabriken, die aufgrund ihrer Größe Emissionen beim Schadstoffportal thru.de des Umweltbundesamts melden müssen ...

... bundesweit:	614
... in Brandenburg:	75
... in Berlin:	0

Schwellenwert, ab dem die Freisetzung von Ammoniak (NH₃) an thru.de gemeldet werden muss ...

... jährlich, in Kilogramm: **10.000**

Ammoniak-Ausstoß der größten Brandenburger Schweinefabrik (Tornitz bei Vetschau, 65.000 Tierplätze) ...

... im Jahr 2015, in Kilogramm: **146.000**

Grenzwert für Stickstoffdioxid (NO₂) im Jahresmittel ...

... in Mikrogramm je Kubikmeter: **40**

Gemessene NO₂-Jahresmittel an Berliner Straßen 2016 in Mikrogramm je Kubikmeter ...

... Eichborndamm:	40
... Frankfurter Allee:	41
... Invalidenstraße:	46
... Silbersteinstraße:	52
... Badstraße:	53
... Potsdamer Straße:	56
... Spandauer Damm:	56
... Buschkrugallee:	63
... Leipziger Straße:	66

Zahl der Tage, an denen der Tagesmittelwert für Feinstaub (PM₁₀) pro Kalenderjahr überschritten werden darf ...

... **35**

Zahl der Tage, an denen der Tagesmittelwert für Feinstaub (PM₁₀) an der Frankfurter Allee in Berlin überschritten war ...

... im Jahr 2009:	39
... im Jahr 2010:	54
... im Jahr 2011:	48
... im Jahr 2012:	23
... im Jahr 2013:	25
... im Jahr 2014:	48
... im Jahr 2015:	36
... im Jahr 2016:	14

Zahl der Tage, an denen der Tagesmittelwert für Feinstaub (PM₁₀) an der Zeppelinstraße in Potsdam überschritten war ...

... im Jahr 2014:	29
... im Jahr 2015:	27
... im Jahr 2016:	15

NO_x-Emissionen von Diesel-Pkw mit Euro-6-Plakette 2014 ...

... maximal erlaubte Emission, in Gramm je Kilometer:	0,08
... tatsächlich gemessene Emission, in Gramm je Kilometer:	0,6

Lebenszeitverkürzung durch Stickoxide (NO_x), Feinstaub (PM_{2,5}) und Ozon (O₃) je 100.000 Einwohner in ...

... Irland, in Jahren:	394
... Spanien, in Jahren:	714
... Frankreich, in Jahren:	968
... Deutschland, in Jahren:	1.112
... Italien, in Jahren:	1.594
... Polen, in Jahren:	1.609
... Bulgarien, in Jahren:	2.000
... Kosovo, in Jahren:	2.123

Quellen: Umweltbundesamt (thru.de), Berliner Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Landesumweltamt Brandenburg, Europäische Umweltagentur (EEA)

ICH WILL DIE ARBEIT DES BUND UNTERSTÜTZEN.

Ja, ich möchte Mitglied werden und wähle folgenden Jahresbeitrag:

- Einzelmitglied (mind. 50€)
 Familie (mind. 65€)
 Ermäßigt (mind. 16€)
 Lebenszeitmitglied (einmalig mind. 1.500€)

Name/Vorname
 Straße
 PLZ/Ort
 Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)
 Telefon (wenn Sie möchten)
 E-Mail (wenn Sie möchten)

Ich will den E-Mail-Newsletter des BUND Berlin erhalten.

Bitte ziehen Sie den Beitrag ab dem

monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich
 bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

Bitte schicken Sie die ausgefüllte und unterschriebene Beitrittserklärung an:

BUND Berlin • Crellestr. 35 • 10827 Berlin • Fax 030 78790018 • kontakt@BUND-Berlin.de
BUND Brandenburg • Friedrich-Ebert-Str. 114a • 14467 Potsdam • Fax 0331 23700145 • BUND.Brandenburg@BUND.net

KontoinhaberIn
 IBAN (oder Konto-Nr.)
 BIC (oder Bankleitzahl)
 Geldinstitut/Ort



Datum/Unterschrift (Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)
 BUND Gläubiger-ID: DE34ZZZ00000103826

Mit Ihrer Unterschrift erteilen Sie dem BUND ein SEPA-Lastschriftmandat mit dem Sie gleichzeitig Ihre Bank anweisen, die vom BUND auf Ihr Konto gezogene Lastschrift einzulösen. Die Bestätigung und alle notwendigen Informationen (insbesondere Kontaktdaten sowie die Zusammenfassung der Zahlungsinformationen) erhalten Sie mit Ihrem Begrüßungspaket.

Der Widerruf ist jederzeit und ohne Angabe von Gründen möglich. Ihre persönlichen Daten werden elektronisch erfasst und können – gegebenenfalls durch Beauftragte des BUND e. V. – auch zu Informations- und Werbezwecken für die Umwelt- und Naturschutzarbeit des BUND genutzt werden. Ihre Daten werden selbstverständlich nicht an Dritte weitergegeben.